

(Abgeordneter Dr. Niethammer.)

- (A) bei gleichem Gehalt zu einer gewissen Belastung gegenüber dem Manne führt und die dann manchen vielleicht veranlassen könnte, den Mann vorzuziehen. Ich meine, man kommt damit zu einem allgemeinen Schlagwort, man kommt aber nicht der Sache bei, wenn ich natürlich auch zugebe, daß im allgemeinen der Grundsatz richtig ist. Im großen ganzen möchte doch unser Wirtschaftsleben, wenn wir dafür sorgen wollen, daß es nicht weiterhin gestört und übermäßig belastet wird, Wert darauf legen, daß die Tüchtigkeit nicht zu kurz dabei kommt, und wenn wir jetzt immer danach streben, Stellen freizumachen und andere an diese Stellen zu bringen, so wird das natürlich größtenteils auf Kosten der persönlichen Tüchtigkeit gehen, denn wenn ein Bestreben aus dem Interesse des Wirtschaftslebens heraus bestände, den Posten durch eine andere Person zu besetzen, so würde es ja von allein geschehen. Also das gewaltsame Eingreifen, das gewaltsame Ersetzen des einen durch den andern wird immer wieder einen sachlichen Eingriff in das Wirtschaftsleben bedeuten. Und wenn das höchst überflüssige Schlagwort, das sich im letzten Kriegsjahre gebildet hat, „freie Bahn dem Tüchtigen“ — überflüssig deshalb, weil es etwas Selbstverständliches ist —, wenn das nun wenigstens an dieser Stelle zu seinem Rechte käme, so wäre das wohl ein sehr begründeter Anspruch, den unser Wirtschaftsleben besonders in dieser gefährlichen Stunde erhebt. Ich glaube, die Gefahr ist gerade jetzt sehr groß, und das müssen wir unter allen Umständen vermeiden, daß das Gegenteil dieses Schlagworts allmählich zur Tatsache wird: freie Bahn dem Untüchtigen; das wäre das größte Unglück, das uns in unserem Wirtschaftsleben passieren könnte.

Im übrigen ist natürlich das, was der Herr Arbeitsminister Heldt gesagt hat, letzten Endes das Richtige. Wenn ich auch zugebe, daß ein Rundschreiben, welches der Ausschuss der Sächsischen Allgemeinen Bürgermeisterversammlung auf eine Anregung des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Dresden, vom 13. März 1919 an das Ministerium unter dem 5. April 1919 an die Mitglieder der Allgemeinen Bürgermeisterversammlung gerichtet hat, vielleicht einer der Fragen in etwas beikommt, indem vorgeschlagen wird, alle diejenigen Arbeiten, die während des Krieges zurückgestellt worden sind, die wegen des Mangels an Arbeitskräften liegen geblieben sind, nun wieder aufzuarbeiten und hierfür in reichlichem Maße Angestellte, die erwerbslos sind, zu verwenden, so sind das doch alles kleine Mittel gegenüber dem einen großen, von dem der Herr Arbeitsminister Heldt sprach: die Beförderung, das Ingangbringen unseres Wirtschaftslebens im ganzen. Dort müssen wir den Hebel

ansetzen, das ist letzten Endes das einzige, was uns (C) helfen kann bei allen guten Absichten, die wir haben, und deshalb müssen wir das Reden, so notwendig es leider Gottes immer ist, doch dem Hintanstellen, daß wir handeln, daß wir unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen versuchen.

(Sehr richtig! rechts.)

**Vizepräsident Dr. Dietel:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Leistner.

**Abgeordneter Leistner:** Meine Damen und Herren! Der Herr Begründer hat hier ausgeführt, daß die Organisation der Konsumgenossenschaften mit der Generalkommission bereits Vereinbarungen getroffen habe; und wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß wir dem Antrage die große Bedeutung nicht beimessen, die schließlich der Herr Begründer zum Ausdruck gebracht hat. Es wird uns zum Vorwurf gemacht, daß wir ausgeführt hätten, der Antrag sei unsozial. Dem Sinne nach ist er unsozial, und man wird darin noch bestärkt, wenn man die mündliche Begründung hörte.

Wir alle sind uns darüber einig, daß die Lage der kaufmännischen Angestellten ebenso schlimm ist wie die Lage der übrigen Arbeiter, und die Not der werktätigen Bevölkerung ist selbstverständlich durch Zusammenbruch des ganzen Systems nicht besser geworden, sondern mußte (D) sich vielmehr verschlechtern.

Nun hatten aber die Angestellten in der Industrie schon längst, auch vor dem Kriege, nicht etwa eine bessere Stellung als die Arbeiter an sich, nur haben die Angestellten ihre Not nach außen hin gar nicht zur Geltung bringen lassen, weil sie, wie gesagt, immer auf einem anderen Standpunkt standen. Sie haben nach außen den Anschein erwecken lassen, wie wenn sie ein besonderer Stand wären. Die Öffentlichkeit kam also gar nicht in die Lage, die Not der Angestellten so recht zu erkennen, der größte Teil der Angestellten weigerte sich leider immer, mit der Arbeiterschaft gemeinsame Sache zu machen, wenn es galt, die Interessen der werktätigen Bevölkerung, zu welcher natürlich die Angestellten auch gehörten, zu vertreten. Wehe dem Angestellten, der früher bei einer Lohnbewegung der Arbeiter ihnen sein Wohlwollen schließlich ausgedrückt hatte! Während des Krieges aber hat sich deutlich gezeigt, daß der kaufmännische Angestellte im kapitalistischen Staat ebenso wie der Arbeiter von der Gnade und Barmherzigkeit des Unternehmers abhängt. Mir sind Fälle bekannt, daß gleich bei Ausbruch des Krieges die Angestellten viel eher entlassen wurden, als das beim Arbeiter der Fall war. Man hat auch versucht, den Angestellten zum größten